



Breslauer Zeitung.

Mittagblatt.

Sonnabend den 4. April 1857.

Nr. 160

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 3. April, Nachm. 3 Uhr. Die Diskont-Erhöhung der Bank von England wirkte ungünstig auf die Börse. Die 3pGt. begann zu 70, 40, sank auf 70, 25, hob sich wieder auf 70, 40, wich abermals auf 70, 10 und schloss in sehr matter Haltung bei lebtem Umfang zur Notiz. Eisenbahnen, anfangs matt, wurden später fester, schlossen aber wieder matt. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93 1/4 eingetroffen. Schluss-Course:

3pGt. Rente 70, 20. 4 1/2 pGt. Rente 92, 75. Credit-Mobilier-Aktien 1447. 3pGt. Spanier —. 1pGt. Spanier —. Silber-Ausleihe —. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktien 771. Lombard. Eisenbahn-Aktien 630. Franz-Joseph 512.

London, 3. April, Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/4. Consols 93 1/4. 1pGt. Spanier 25. Merikaner 23 1/2. Sardinier —. 5pGt. Russen 105. 4 1/2 pGt. Russen 95. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8 Sh. Wien 10 Fl. 28 Kr.

Wien, 3. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Börse ziemlich fest. Silber-Ausleihe 92. 5pGt. Metalliques 83 1/2. 4 1/2 pGt. Metalliques 74 1/2. Bank-Aktien 1018. Bank-Inter-Scheine —. Nordbahn 230. 1854er Loos 110. National-Ausleihe 85%. Staats-Eisenbahn-Aktien 245 1/4. Credit-Aktien 271. London 10, 10%. Hamburg 77 1/2. Paris 121 1/2. Gold 7 1/2. Silber 4%. Elisabethbahn 102%. Lombard. Eisenbahn 121. Theißbahn 102%. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 3. April, Nachmittags 2 Uhr. Auf auswärtige niedrigere Notierungen stürzer, schloss jedoch fester. Schluss-Course:

Wiener Wechsel 114. 5pGt. Metalliques 79 1/2. 4 1/2 pGt. Metalliques 70%. 1854er Loos 104%. Oesterl. National-Ausleihe 81%. Oesterl. Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 278%. Oesterl. Bank-Anteile 1103. Oesterl. Credit-Aktien 191%. Oesterl. Elisabethbahn 201%. Rhein-Rahe-Bahn 90.

Hamburg, 3. April, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Börse fest bei schwachen Geschäften. Schluss-Course:

Oesterreich. Loos —. Oesterreich. Credit-Aktien 137. Oesterreichische Eisen-Aktien —. Vereinsbank 99. Norddeutsche Bank 94%. Wien 79.

Hamburg, 3. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco preishaltend, ab auswärts flau. Roggen loco flau, ab auswärts flau. Getreide 32%, pro Frühjahr 32%, pro Herbst 28%. Kaffee fester. Liverpool, 3. April. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz.

Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Konstantinopel, 19. März. Ein an die Legationen gerichtetes Memorandum untersagt den Fremden, die Bauten oder Reparaturen ihrer Häuser ohne vorgängige Ernäherung und mit europäischen Arbeitern fortzusetzen. — Die Seltenheit der Lebensmittel macht sich in der ganzen Türkei, insbesondere in Bosnien, fühlbar. — Bely Pasha, Gouverneur von Sandien, hat aus Anlass der neuen Steuern zahlreiche Verhaftungen vornehmen lassen. — Der griechische „Monitor“ erläutert und entschuldigt einen verleideten Artikel, den sein Redakteur gegen den Senat veröffentlicht hatte.

Marseille, 1. April. Nach Berichten aus Hongkong vom 15. Februar wurden knapp 10,000 Häuser Kantons zerstört. Das Feuer der Engländer dauerte fort. — Etwa 1000 chinesische Konten versuchten abermals einen, jedoch fruchtbaren Überfall auf die englischen Streitkräfte. — Die Mandarinen sind angewiesen, in Unterhandlungen mit den Engländern zu treten, wenn ihre Dampfer die Städte, wo sie residieren, bedrohen. Feindseligkeiten fanden nur zu Kanton statt. — Auf dem französischen Schiffe „Anaïs“ brach unter den chinesischen Auswanderern ein Aufruhr aus. Der Kapitän war tot. — Der Repräsentant Frankreichs erließ ein Rundschreiben, worin er von ähnlichen Unternehmen, wie das des „Anaïs“ abmahnt.

New-York, 19. März. Der Kommandeur Swartwout vom Kriegs-dampfer „Massachusetts“ hat den Indianern von Russisch-Amerika bei Port Gamble am 21. Februar ein Treffen geliefert. Die Indianer wurden natürlich geschlagen und baten um Frieden. Die Schifffahrt auf dem Hudson ist wieder offen.

Preußen.
Landtags-Verhandlungen.
♀ Haus der Abgeordneten. 44. Sitzung am 3. April.

Beginn: 10 1/2 Uhr. Präsident v. Arnim (Neustettin). Am Ministerische die Herren v. Mantuuffel II., v. Naumer, v. Mantuuffel I., v. Bodelschwingh, v. d. Heydt, einige Regierungs-Kommissarien. Man fährt in der Debatte des Osterreichen-Antrages, betreffend die schlesischen Decem-verhältnisse fort. Der Antragsteller ergreift noch das Wort, um seinen Antrag gegen den Kommissionsbeschluss zu verteidigen. Der Chef des Landwirtschaftlichen beläuft schließlich den in dem Wenzelschen Antrage der Regierung aufgeriegelten Prüflingstermin. Die Regierung wünscht lieber heute als morgen die Vorlage eines solchen Gesetzes machen zu können, aber das Material sei zu weitwichtig als dass die Minister als Abgeordnete sich selbst verpflichten könnten, unter allen Umständen im nächsten Jahre die Vorlage zu machen. Wenn auch die Schwierigkeit, dass der schlesische Provinziallandtag, dem das Gesetz erst vorgelegt werden sollte, in diesem Jahre nicht zusammentrete, durch eine außerordentliche Berufung ad hoc beseitigt werden könnte, so könne doch die Regierung sich die gedachte Verpflichtung nicht auferlegen lassen. — Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Wenzelschen Antrages, des v. Gronow'schen Amendements sowie des § 1 der Vorlage selbst, worauf Osterreath seinen Antrag zurückzieht. Die Sache ist damit erledigt. —

Es folgt in der Tagesordnung der Budgetbericht über den Etat der hohenzollerschen Lande. Er schliesst in Einnahme und Ausgabe balancirend, mit 366,000 Gulden ab, wozu aus allgemeinen Staatsmitteln noch 44,840 Thlr. für Niederbeziehung eines Steinfalzbaches und Anlage einer Saline bei Stettin, sowie 8000 Thlr. für eine Wasserleitung auf der Burg Hohenzollern treten. Die Bewilligung erfolgt ohne Diskussion. —

Der Etat der Marineverwaltung kommt demnächst zur Verhandlung. Er schliesst in ordentlicher Ausgabe mit 593,690, in außerordentlicher mit 711,740 Thlr. ab. — v. Mitschke-Collande bedauert, dass die Marine nicht eine bessere Dotirung erhalten, als dass man vorgezogen habe, mit den Überbleibseln der 30 Mill. Anleihe die Eisenbahnbauten zu bedenken, anstatt die Marine. Der Ministerpräsident berichtet, man habe allerdings bei jenem Anleiherest an die Marine gedacht, aber mit Rücksicht auf höhere Staatszwecke habe nichts für die Marine verwendet werden können. —

Harkort und Kruse folgen auf der Tribüne, beide gleich unverständlich. Der Ministerpräsident widerlegt die Behauptung Harkorts, dass die Marinieverwaltung mit dem Kriegsministerium in stetem Sader lebe. Er glaubt allerdings zunächst an die Aufgabe Preußens, eine schlagfertige Armee sich zu erhalten, aber die Entwicklung der Marine stehe jener Aufgabe nicht nach.

Wichtigkeit, wie die 7 Mill. Schaden bewiesen, die der Ostseehandel durch die dänische Blockade vor 8 Jahren erfahren. — Der Einwurf, dass die Verwaltung zu kostspielig sei, widerlege sich durch den Hinblick auf andere Staaten, z. B. Oesterreich, und dessen Anstrengungen, besonders tüchtige Techniker zu erhalten. Lehrgeld müsse jeder zahlen. Er hoffe, dass die Finanzlage, wenn nicht im nächsten, doch im folgenden Jahr mehr für die Marine zu verwenden gestatten werde. — Gr. Schwerin: Er wolle keine Anträge zu diesem Etat stellen, aber er glaube, dass allerdings die im Etat geforderten Summen besser zum Nutzen der Marine verwendet werden können.

ten, wenn man weniger Staat mit ihr mache, wenn man die Generalverwaltung nicht so glänzend ausstalte u. s. m. Der Ministerpräsident. Die dänische und schwedische Marine kosteten weit mehr, den Vorwurf gegen die Generalverwaltung verstehe er nicht, „meine Wenigkeit“, die an der Spitze dieser Verwaltung steht, erhält nicht einen Groschen dafür, auch liquide er niemals für Neifen zu dem Zwecke. Harkort rügt ferner die Stärke des ärztlichen Personals, welche befürchten lasse, dass das Marinahandwerk ein sehr ungutes sei. Wagener (Neustettin) regt eine Verbindung der Staats- mit der Handelsmarine nach Analogie der Linie- und Landwehrverbindung, wie Nordamerika ein so großes Projekt dafür gebe. Den Vorwürfen gegen die Generalosten trete er nicht bei, denn diese trügen erfahrungsgemäß bei allen großen Unternehmungen die Hauptlast, auch beginne naturgemäß jede Entwicklung mit dem Kopfe, mit der Bildung der Obrigkeit als des Kernes und Centrums des Weiteren. Die österl. Marine beruhe auf gleichen Grundsätzen.

Der Ministerpräsident. Die Bildung einer Seewehr entspreche den Wünschen einer Verbindung zwischen Land- und Seemacht. Harkort. Er wünsche dennoch, man solle weniger schreiben und mehr segeln. Gr. Schwerin. Auch er wolle, dass dies junge Institut sich auf eine große Organisation, wie eine deutsche Marine, stütze und fürchte, dass bei dem Heranwachsen eines zu großen Kopfes die Beine zu kurz gerathen möchten. Schweden und Dänemark besaßen ihre Hauptkraft in der Marine, Preußen nicht. Der Ministerpräsident. Er hoffe und strebe dahin, dass die preussische Marine bei günstigerer Finanzlage eine Entwicklung erhalte, dass sie allerdings der dänischen die Spitze biete. — Die allgemeine Debatte schliesst damit, eine Speziale wird nicht beliebt, der Etat vielmehr sofort im Ganzen genehmigt.

Zur Beratung steht nun der v. Schröter'sche Antrag, betreffend die Annahme der Kreisobligationen, die zu Chausseebauzwecken ausgestellt worden, als pupillar- und depositalmäßige Sicherheit. Wohl den regt dabei widerlegend die in der Kommission laut gewordene Behauptung an, dass die westlichen Provinzen in Betreff des Chausseebaus vor den östlichen bevorzugt seien. Wenzel: Er sieht mit der Regierung in dieser Frage in Übereinstimmung. Er freue sich darüber, wenn auch nicht in dem Grade, wie ein neutraler Redner (v. Grischka), der seine Steueropposition mit dem Irren in der Wüste, seine Harmonie mit dem Minister in der Polizei-Anwaltsfrage mit dem Eintritt in einen schönen Garten verglichen. Man habe damals gelacht, aber er fürchte, der beschworene Unterthanen verstand werde das so auffassen, dass in der Wüste man hungert und dürstet, in dem schönen Garten aber sich Ruheplätze finden, die man einnehmen kann, wo einem von guten Freunden die Hand gedrückt wird, natürlich nur symbolisch in den Reden, wo man die schönen Blumen findet, die man, zwar nicht wie die Frauen ins Haar, aber doch ins Knopftuch stecken kann. (Große Heiterkeit.) Der Redner geht hiermit zu dem Antrage über, den er, da jene Obligationen nicht die erforderliche Sicherheit besaßen, zurückweist. Wenn dieselben, die freie Verfügung über ihr Geld hätten, dasselbe nicht in der angegebenen Weise anlegen wollten, sollte man auch das Vermögen derer, die nicht freie Verfügung darüber hätten, nicht dazu heranziehen. Auch Reichenberger schliesst sich dem von Rohden und Becker (Eugen) ausgesprochenen Proteste gegen vermeintliche Bevorzugung der Rheinprovinz an. Der Justizminister weist nach, dass die Regierung schon seit längerer Zeit sich mit der vorliegenden Frage eingehend beschäftigt und führt aus, dass die Depositoren nicht zur Annahme solcher Papiere verpflichtet werden könnten, da denselben eine unmittelbare Real sicherheit nicht zu Grunde liege, und dass außerdem der Widerstand der Börsmänner die Maßregel wirkungslos machen werde. Auch v. Grischka erklärte sich dagegen, da er die Ermächtigung des Schuldenmachens für die Kreise fürchtete. Auf die „amüsanten“ Ausführungen des Abg. Wenzel, die ihn sogar als einen Freund dessen, was man im Knopftische trage, dargestellt hätten, könne er nicht eingehen, da er in den vorliegenden Sachen mit ihm übereinstimme. — Auch der Chef des Landwirtschaftlichen erklärt sich neben einigen anerkennenden Worten für die Absicht des Antragstellers gegen den Vorschlag, der in Folge des Vorzugs, den man damit einzelnen landwirtschaftlichen Papieren geben wolle, die andern, und überhaupt den ländlichen Realcredit gefährde. Er glaubt, dass der Erfolg einer gewissen Centralisation dieses Credits, denn der Hauptmangel an den betreffenden Obligationen sei, dass sie nicht sofort zahlbar gemacht seien, das sie nicht Courserthe befreien, was durch eine allgemeine Verwaltung für alle diese Papiere erreicht werden könnte. Die Pfandbriefe seien ein Beispiel der Insti tution, wie er sie im Auge habe. — Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrages des Kommissionsschlusses, sowie des v. Schröter'schen Antrages selbst.

Ferner stehen zur Debatte mehrere Petitionen in Bezug auf Regulierung des Abdeckereiwesens. Die Kommission hat Übergang zur Tagesordnung empfohlen, da die Provinzial-Landtage sich gegen diese bereits durch Beschlüsse der früheren Sessionen beschlagnahmt gewordene Regulierung ausgesprochen. — Ulrich und Lette befürworten eine Regulierung für die Provinz Sachsen, in der das Bedürfnis derselben allfällig anerkannt sei. Die Petitionen werden demgemäß der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. — Eine Reihe Petitionen, von Entnahmefreies-Vereinen gegen das Branntweinschänken, von rheinischen Musikanten gegen die Tanzbeschrankungen, von oberschlesischen Bäckermeistern gegen Dampfsäckereien u. s. w. werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Die bekannte brandenburgische Petition um Erlas eines Mustergesetzes, welche die Kommission der Staatsregierung zur Gewährung überweisen will, wird von Reichenberger unter Hinweis auf die Entnahmefreiheiten des polnischen Wassers unterstellt. Das Kunstgewerbe, ein höchst beachtenswerthes Phänomen der modernen Kunstentwicklung bedürfte des Staatschutzes. Die Errichtung von Deissnauer-Schulen genüge ohne den nachträglichen Schutz nicht. — Der Handels-Minister bestreitet die Dringlichkeit des Gesetzes, gegen welches sich die meisten Handelskammern ausgesprochen, da der Schutz für das nicht selbst Erfundne, sondern zumeist aus Frankreich Importierte, eine Ungerechtigkeit sei. — Molinari ebenfalls dagegen, indem eine Rechtsunsicherheit in Betreff dessen, was erlaubt oder unerlaubt für die Nachbildung sei, daraus entstehen würde. — v. Patow weist auf die großen Schwierigkeiten der Ausführung eines solchen Gesetzes für Staaten, die nicht so centralisiert seien wie Frankreich, hin, hebt dagegen den Erlas eines Firmengesetzes als sehr wünschenswert und manchen der hier geringen Nebelstände abhelfend, hervor. Die große Unterschiedsfähigkeit der Petition würde sicherlich schaden, wenn dieselbe vom Geiste des Allgemeinen sich nur irgendwie auf Spezialvorschläge eingelassen hätte, und dergleichen unbestimmte Allgemeinheiten, bei denen ein Jeder etwas Unterdrücke denke, könnten der Staatsregierung kein gültiger Fingerzeig sein. Er beantragt Übergang zur Tagesordnung. — v. Hennig erörtert ebenfalls die Schwierigkeit einer Ausführung; tausende von Muster würden alljährlich registriert werden müssen, und das Urteil über Neuheit eines zur Patentierung eingereichten Musters endlich ganz unmöglich werden. — Man geht zur Tagesordnung. Eine Petition aus Koblenz beschwert sich über die Art, wie die Koblenzer Regierung bei Aufstellung der Notabelnliste für die Wahlen der Handelsgerichte verfuhr. — v. Bardeleben führt aus, dass die Bürokratie gerade bei den kgl. Regier. großartige Erscheinungen gezeigt habe. Er erinnert an die bekannten Tanzverordnungen, setzt an die Art, in der man dort ohne und gegen den Willen der Gemeinde-Behörden den Vertreter im Herrenhause „zu Stande“ gebracht. Auch bei den bereigten Listen habe die Regierung gegen die Vorchriften des Handelsgesetzbuchs die Träger der geachteten koblenzer Firmen in großer Anzahl, deren 54, ausgelassen, darunter Männer, die jahrelang bereits handelsrichtig gewesen, also schon früher die Anerkennung ihres mit Ehren und Auszeichnung

geförderten Handelsbetriebs von den Staatsbehörden empfangen hätten, ferner selbst einen früheren Präsidenten des Handelsgerichts, Vorsteher der dortigen Bankkommandite, Gemeinde-Kassen-Mendanten u. s. w. Diese Auslassung involviere einen Makel, da den Trägern der alten Firmen, wenn sie „Ordnungsliebe, Rechtschaffenheit und soliden Geist“ bewahrt, ein unbedingtes Recht auf Aufnahme in diese Liste zufasse. Der Redner empfiehlt Überweisung an die Regierung, damit für künftige Fälle vermieden werden.

Der Handelsminister. Die Funktionen der Handelsgerichte machen es notwendig, dass ihre Mitglieder nicht nur das Vertrauen ihrer Mitbürger, sondern auch das der Regierung haben. Nun war es geschehen, dass auf übereinstimmenden Antrag der Verwaltungs- und der Gerichtsbehörden einzelne Handelsrichter in Koblenz zur Bestätigung nicht empfohlen wurden. Dies, so wie der Umstand, dass die Berichte der dortigen Handelskammer eine so unzimliche Sprache geführt, dass ihnen Verwarnung und ausdrückliche Verweigerung jeder Antwort zugehen müste, machen die Revision der Liste notwendig. Es ist dabei den Gesetzen gemäß verfahren worden.

Der Abg. v. Bardeleben, schliesst der Minister, bedauert gewiss eben so sehr, als er selbst, dass diese Umstände hier zur Sprache gebracht werden mussten, aber der Abgeordnete habe sie provocirt. — Reichenberger rügt das gefundne germanische Element der rheinischen Handelsgerichte, die von 1563 schon datirten. Der Umfang ihrer Geschäfte sei in den letzten Jahrzehnten wesentlich gewachsen, in gleichem Maße also die Opfer, welche die zu diesen Ehrenämtern Berufenen brachten. Ihre Wirksamkeit sei von allen Seiten aufs offene anerkannt. Ihr einziges Recht gegenüber solchen Pflichten sei das der Wahlfreiheit zu diesen Ämtern. Die in Frage stehende Maßregel sei die erste gegen das Institut gerichtet und dasselbe stark erschütternde, die Veranlassung dazu, bisher nicht bekannt, sei jetzt erst vom Minister vorgelegt worden. Wenn nun auch die betreffenden Personen das Vertrauen der Regierung in der That nicht verdient hätten, war das Grund, an den Fundamenten des Instituts zu rütteln? Musste man am ganzen Stande strafen, was die Handels-Kammer gesündigt? — Die Konfiskation des Handelskammerberichts sei zur gerichtlichen Verhandlung gelangt, sie endete mit Freisprechung der angeklagten Personen. Die neue Liste zeige ein auffälliges Überwiegen der Evangelischen im Kaufmannsstande. Das möge absichtlos sein, aber es werde ein Moment zu konfessionellen Spaltungen. — Die Kommission habe Odeonomie des § 618 mit „solidem Geiste“ überzeugt (Gelächter), das sei ein Zeichen, wie wenig scharf man sich an die gesetzlichen Grundlagen bei der Prüfung gehalten. Man habe, das steht ebenfalls in dem Berichte nicht, den Wählern mit Verlegung, ja mit Aufzehrung des Handelsgerichts droht, ja es sollten selbst Schritte zur Vereinigung desselben mit dem Landgerichte geschehen sein, w.s. also doch gewiss eine flagante Gesetzesverletzung involviere. — Er glaubt nicht, dass die Petenten klagen, si durch die Ausschließung beijolten seien, aber er halte es für ein Unglück, wenn die öffentliche Meinung so direkt dem Urteil der Regierung über Unbescholtene entgegenstehe. — Set etwa mit dieser Maßregel ein Schritt zu der aus Sparabsicht verschafften so warm empfohlenen Selbstverwaltung? — Der Handelsminister: Er theile die gute Meinung von den Handelsgerichten und bedauert den Vorgang, aber die Bestätigung habe schon mehrmals dort versagt werden müssen, und zwar auf das Gutachten von Gerichtsbehörden hin. Die Beschränkung der Wählerzahl habe entschieden der gesetzlichen Worschrift entsprochen. Wenn die nun Gewählten das Vertrauen ihrer Kommittenten nicht besäßen, so werde allerdings zu seinem Bedauern eine Auflösung des Handelsgerichts eintreten müssen. — v. Bardeleben monit den nicht besonders glücklich gewählten und vom Ministersthe nicht gerade zu erwartenden Ausdruck des Ministers, dass er (Redner) besser gethan haben würde, die Sache hier nicht in Abrechnung zu bringen. Ein Blick auf die Gründe, die der Minister vorgebracht, lasse sehr fraglich erscheinen, wer besser gethan hätte zu schweigen. (Bravo.) Der Handelsminister entgegnet, es seien ihm Worte in den Mund gelegt worden, die er nicht gebraucht habe. (O ja! zur Linken.) Schmückert (Vorsitzender der Kommission) rügt es, dass Reichenberger versucht, die Kommission wegen einer Überzeugung (esprit d'économie) lächerlich zu machen, die nicht ihr, sondern den Petenten angehören. Reichenberger stellt die angeschuldigte Absicht in Abrede, und empfiehlt wiederholter den Antrag von Bardeleben. Der Justizminister bestätigt die Angaben des Handelsministers über die Beanstandung der Koblenzer Wahlen, und vertheidigt als notwendige Folge dessen die in Reih stehende Maßregel. Das Gesetz verlange auch probit, und die probitas allerdings berühre das Gebiet, das bei dieser Maßregel als maßgebend gegolten habe. von Patow. Die trübe Angelegenheit werde durch die Diskussion nur noch trüber, indem man über die Wirksamkeit des koblenzer Gerichts hier Urtheile falle, zu denen die faktische Berechtigung fehle. Diesen Bohn verdienten die Opfer, die durch eine Reihe von Jahren uneigennützig geleistet worden, nicht, dass man jetzt sogar die „Rechtschaffenheit“ jener Richter in Zweifel ziehe (Lebhafte Bravo.). Der Justizminister stellt diesen Sinn seines Urteils in Abrede. Es habe sich hier um die Ehreerziehung gehandelt, die man dem Landesherrn schuldig sei. Wagener (Neustettin). Auch er halte die Thatsache für bedauerlich, aber wer sei schuld an denselben? Wie könne man denn Konflikte lösen, wie die durch fortgesetzte Nichtbestätigung der Wahlen in Aussicht stehenden? Ein koblenzer Privatrecht auf Aufnahme in die Notabelnliste gebe es nicht. Die Regierung sei in ihrem vollen Rechte gewesen, die Bestätigungsfähigkeit in dieser Weise wieder herzustellen. Er protestire gegen Einmischung der konfessionellen Verhältnisse, eben so gut könnte man auch behaupten, dass die Opposition des Handelsgerichts auf konfessionellen Motiven beruht habe. — Ein Schlussantrag wird abgelehnt. Gr. Schwerin. Die Minister hätten auch nicht ein Wort auf die Anführungen des Abg. v. Bardeleben zu erwideren gewusst, sie hät

über den Fortgang des Baues der Ostbahn, der Westfälischen und Saarbrücker Eisenbahn, sowie der Eisenbahnen von Kreuz über Küstrin nach Frankfurt a. O. und von Saarbrücken nach Trier und bis zur luxemburgischen Grenze.

Nach dem Berichte des Ministers für Handel (aus welchem das Erheblichste in diesem Bl. schon mitgetheilt wurde) stellt sich der Gesamtbetrag zur Ausführung des Baues, sowie zur Ausräumung der gen. Staats-Eisenbahnen zusammen auf 55,225,982 Thlr. 6 Pf. heraus, wovon 42,800,000 Thlr. durch verzinsliche Anleihen gedeckt werden, das Uebrige aber aus den etatmäßigen Eisenbahnfonds und aus den disponiblen Beständen der, nach den allerhöchsten Erlassen vom 17. Juni und 24. November 1854, aufgenommenen 30 Mill. Thaler bestritten werden soll.

Die Finanzkommission erkennt es nicht als ihre Aufgabe, auf eine nähere Prüfung der einzelnen Positionen der Denkschrift näher einzugehen, wozu ihr das nötige Material fehle.

Die Kommission zollt dem Berichte, welchen die völlige Größlung der Ostbahn und auch die Größlung der Kreuz-Küstrin-Frankfurter Bahn im Laufe dieses Jahres in Aussicht stellt, wegen seines detaillirten Inhaltes und des nachgewiesenen, im Ganzen erfreulichen Resultates, ihre volle Anerkennung.

Ein in der Kommission gestellter Antrag, zu beschließen: sie glaube die Überschreitungen der Voranschläge bei der westfälischen Bahn (um 493,492 Thaler) nicht ganz unerwähnt lassen zu dürfen, da dieselben wenigstens teilweise vorherzusehen waren, — wurde mit sieben gegen 5 Stimmen abgelehnt, und beantragt die Kommission am Schlusse ihres Berichtes, dass das Herrenhaus beschließen wolle: die Vorlage für erledigt zu erachten. Herr v. Senfft erklärt sich einverstanden mit der Kürze des Kommissions-Berichtes, sieht sich aber doch veranlaßt, die weit über die ursprünglichen Zusagen hinausgehenden Eisenbahn-Schulden zu bemängeln und hofft, daß die Pleinari-Berathung über das Budget Gelegenheit geben werde, auf den Gegenstand näher einzugehen. An einer kurzen Debatte über diesen Gegenstand beteiligten sich Herr v. Senfft, der Regierungskommissarius, Graf v. Arnim und Herr Hasselbach, worauf die Sitzung, nach Annahme des Kommissions-Antrages, um 3½ Uhr geschlossen, die nächste aber auf den 16. April anberaumt wird.

Berlin, 3. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: den seitherigen Landraths-Amts-Verweser, Kreis-Deputirten und Kreisgerichts-Auskultator, Freiherrn Wilhelm Georg Karl Levin von Wizingeroda-Knorr auf Breitenbach, zum Landrat des Kreises Mühlhausen, im Regierungs-Bezirk Erfurt; und den Kaufmann Antonio Martin in Bayonne zum Vice-Konsul dafelbst zu ernennen.

Der königl. Hof legt heute für Ihre Durchlaucht die Frau Gräfin Theodolinde von Württemberg, geborene Prinzessin von Leuchtenberg, die Trauer auf 3 Tage an.

Berlin, 3. März. Se. Majestät der König begab sich gestern Vormittag schon zeitig von Charlottenburg nach Schloss Bellevue, arbeitete dafelbst und empfing um 1 Uhr in besonderer Audienz aus den Händen des kaiserlich österreichischen außerordentlichen Gefandten Herrn v. Koller, dessen Kreditive. Nächstdem nahm Se. Majestät noch den Vortrag des Minister-Präsidenten und des Militär-Kabinetts entgegen. Um 3 Uhr fand im Treibhause des Gartens von Bellevue das Diner statt. Nach demselben empfing Se. Majestät noch einen Vortrag und ging alsdann zu Fuß beim zoologischen Garten vorbei bis nach dem Schlosse in Charlottenburg zurück, woselbst Allerhöchsteselbe noch mit dem Geh. Ober-Baurath Stüler arbeitete. — Se. Majestät der König hat Allerhöchstlich heute Morgen 8 Uhr mittels der Eisenbahn nach Potsdam begeben und wird morgen Früh hier wieder eintreffen. — Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist wieder hier eingetroffen.

Dem Vernehmen nach wird der Prinz Friedrich Wilhelm Mitte nächster Woche hier eintreffen und bis nach dem Osterfest hier verweilen. Auch zu den Truppenübungen, die Anfang Mai beginnen, wird der Prinz, wie verlautet, nach Berlin kommen.

Der Oberst und Chef des Generalstabes des 5. Armee-Corps, v. Voigts-Rheiz, ist von Paris, der Oberstleutnant im großen Generalstab v. Hesse von Stettin, der herzogl. sachsen-altenburgische Hof-Marschall Baron v. Seebach v. Altenburg und der Geheime Ober-Bergrath und Bergauptmann von Schlesien v. Carnall von Breslau hier angekommen.

Der Sekonde-Lieutenant Frhr. v. Riekhofen vom See-Bataillon, welcher bisher zur Dienstleistung beim 8. Infanterie-(Leib-) Regiment kommandirt war, ist in Stelle des Major v. Kräwel zum persönlichen Adjutanten Sr. f. Hoh. des Prinzen Adalbert von Preußen ernannt worden. (N. Pr. 3.)

Berlin, 3. April. Aus Stuttgart geht uns die Nachricht zu, daß dort am 1. April, Mittags 12 Uhr, die Gräfin Wilhelm von Württemberg, Gemahlin des königlich württembergischen General-Lieutenants Grafen Wilhelm von Württemberg, gestorben ist. Die Grafen von Württemberg stammen von dem Herzog Wilhelm ab, welcher ein Bruder des Herzogs und späteren Kurfürsten und Königs von Württemberg, Friedrich I., und ein Sohn des Herzogs Friedrich Eugen von Württemberg war. Wie bekannt, war dieser letztere katholisch. Friedrich der Große setzte es jedoch durch, daß in dem Vertrage über die durch ihn vermittelte Ehe desselben mit der Markgräfin Friederike von Brandenburg-Schwedt das Versprechen gegeben wurde, die Kinder aus dieser Ehe in dem evangelischen Bekenntnisse zu erziehen, wodurch die protestantische Thronfolge in Württemberg gesichert wurde. Herzog Herzog Wilhelm (+ 1830), der Stammvater der Grafen von Württemberg, war vermählt mit Wilhelmine, geb. Burggräfin Rhodis von Lüderfeld. Die jetzt gestorbene Gräfin Wilhelm, Louise Theodolinde, geb. 13. April 1814, ist eine Tochter des Herzogs Eugen von Leuchtenberg und Enkelin des Königs Maximilian Joseph von Bayern.

(Beit.)
— **Lissa**, 2. April. [Ausstellung.] — Stadtkapelle. — Feuer. — Neubauten. — Abschiedsmahl. — Der reisende Gärtnerverein, welcher sich im vorigen Jahre unter Leitung des fürstl. Oberhofgärtner's Potté als Zweigverein des Central-Gärtnervereins für Schlesien konstituiert, entwickelt eine eben so ausgehendre und fruchtreiche als rühmliche Thätigkeit in seinem Wirken nach innen und außen hin. Durch die regelmäßigen Zusammenkünfte seiner Mitglieder ist diesen ein Mittelpunkt zum gegenseitigen Austausch der mannigfachen praktischen Erfahrungen geboten, die insbesondere im Gebiet der Gartenkunst nie zu erschöpfen sind, während durch wissenschaftliche Vorträge von einzelnen Mitgliedern, sowie durch Lektüre den in das Bereich der Hortikultur gehörigen neuesten literarischen Erscheinungen auch dem Bedürfnis nach theoretischer Bervollkommenung und zeitgemäßen Fortschritt in ihrem Berufe nach Möglichkeit entsprochen wird. Die Wirklichkeit des Vereins nach außen betätigte sich bereits im vorigen Herbst durch die in Reisen veranstaltete große Ausstellung von Feld- und Garten-Erzeugnissen aller Art. Es war der erste Versuch, der innerhalb der hiesigen Provinz auf diesem Gebiete gemacht worden, und die Mannigfaltigkeit und Vorzüglichkeit der ausgestellten Erzeugnisse konnte eben so sehr allgemein befriedigen, als die gesättigte Anordnung und die überall von kundiger Hand geleitete Ausstellung der ausgestellten Gegenstände aufs Höchste überraschen mußte. In seiner letzten Sitzung am 28. v. Mts. haben die Mitglieder des Vereins beschlossen, auch für diesen Frühling eine Ausstellung von Garten-Erzeugnissen in Reisen zu veranstalten und hierfür die Tage vom 19.—22. d. M. festgesetzt. Prämien werden bestimmt: 1) Für die gelungenste Zusammenstellung gut kultivirter, blühender und nicht blühender Pflanzen; 2) für die beste Sammlung von Blatt-Pflanzen; 3) für das größte und schönste Sortiment blühender Pflanzen einer Gattung; 4) für die den Gattungen nach zahlreichste Sammlung blühender Zwiebelgewächse; 5) für ein einzelnes blühendes Pflanzen-Exemplar von ausgezeichnete Kultur; 6) für eine hier zum ersten male angestellte Pflanze in vorzüglichem Kulturstand; 7) für die besten Leistungen in der Gemüsekultur, und endlich 8) für ein Sortiment blühender Rosen. — Mit der Ausstellung wird zugleich eine Verlosung verbunden. — Über unserer hiesigen Stadtkapelle waltet ein eigener Ernst. Nachdem wir derselben fast durch neun Monate ganz entbehrt, will es dem

neuen Musik-Dirigenten Eberle nicht gelingen, seiner kontraktmäßigen Verpflichtung gemäß, sie bis zur Höhe von 15 Mann zu vervollständigen. Mehrere Reisen, die er zu diesem Zwecke unternommen, sind ohne Erfolg gewesen. Da Fr. Eberle solcher gestellt seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, so verweigert ihm auch der Magistrat die Vollziehung der stipulirten Kontraktbedingungen. Demzufolge wird uns derselbe wahrscheinlich schon in wenigen Tagen verlassen, um einem glücklicheren und geeigneteren Unternehmer Platz zu machen. — Gestern morgen hatten wir hier wieder ein kleines Feuer, das glücklicherweise ohne schlimmere Folgen vorübergegangen. Unvorsichtigkeit eines an den Füßen gelähmten Menschen, der im Bette Tabak geradelt haben soll, wirkte als die Ursache der Entstehung vermutlich. — Mit dem Eintritt des beständigeren Frühjahrswetters stehen uns in hiesiger Stadt zahlreiche und ansehnliche Neubauten in Aussicht. Das in einzelnen Stadttheilen massenhaft aufgehäufte Material läßt auf einen großen Umfang der aufzuführenden Gebäude schließen. — Dem in einigen Tagen nach Breslau überseidenden tgl. Eisenbahn-Baumeister Bachmann zu Ehren, wird von dessen hiesigen Freunden und Verehrern morgen Abend ein glänzendes Abschiedsmahl veranstaltet, an dem sich auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Bürgern und andern Ortsbewohnern beteiligt.

Deutschland.

Stuttgart, 1. April. Ihre Durchlaucht die Gräfin Theodosia Lindine von Württemberg, geb. Prinzessin von Leuchtenberg, ist diesen Mittag kurz vor 12 Uhr in den Armen ihres trostlosen Gemahls sanft entschlafen. Dieselbe war am 13. April 1814 geboren, erreichte also ein Alter von 43 Jahren weniger 12 Tage; sie vermählte sich am 8. Februar 1841 mit dem Grafen Wilhelm von Württemberg, welcher Ehe vier Töchter entsprossen sind. Der Oheim der Verbliebenen, Prinz Karl von Bayern, blieb bis zum letzten Hauche am Sterbebette der gelebten Mutter, und trat diesen Mittag um 1 Uhr mittels Extrazuges seine Rückreise nach München an. (A. 3.)

Würzburg, 1. April. An Hofrat Scanzoni dahier ist von Seite des kaiserlich russischen Hofs die Einladung ergangen, zur Entbindung der Kaiserin, der man gegen Mitte dieses Monats entgegen steht, nach Petersburg zu kommen. Hofrat Scanzoni ist gesonnen, dieser Aufforderung zu entsprechen und hat sich bereits um Ertheilung des erforderlichen Urlaubs nach München gewandt, da seine Abwesenheit wohl mehrere Monate dauern dürfte. (N. W. 3.)

Breslau, 4. April. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: an den Kasernen Nr. 3 aus einem verschlossenen Wohnzimmer 96 Thlr. baares Geld in $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Thalerstücke.

Gefunden: eine weiß- und graugefleckte Gans, welche mutmaßlich irgendwo entflohen.

Angetreten: Major Frhr. v. Ohlen-Adlerskron aus Neisse. R. L. österr. Rittmeister G. Hispeden aus Wien. Königl. Landrath Freiherr v. Seitz aus Berlin. Königl. dän. Geh. Legationsrat Meyer mit Beziehung aus St. Petersburg. Geh. Rath Heinrich aus Proskau. Ge. Excellenz Generalleut. v. d. Heydt mit Frau aus Berlin. Geh. Rath Gerhard aus Berlin. (Pol. u. Fr. Bl.)

Amtliche Verordnungen, Bekanntmachungen.

Die Nr. 76 des „Pr. St. A.“ bringt

1) die Befestigungs-Urkunde vom 16. März d. betreffend die Errichtung eines Aktien-Unternehmens unter der Benennung „Allg. Gas-Aktien-Gesellschaft zu Magdeburg“ mit dem Sitz in Magdeburg;

2) das Privilegium vom 23. März d. wegen Emission von 1,270,000 Thaler Prioritäts-Obligationen II. Serie der dortmund-soester Eisenbahn.

Die Nr. 77 bringt den allerh. Erlass vom 2. März d. betreffend die Genehmigung zur Errichtung einer Aktien-Gesellschaft zum Betriebe von Bank-Geschäften unter dem Namen „Dortmunder Privat-Aktien-Bank“ in Dortmund.

Die Nr. 78 bringt eine allg. Verfügung vom 17. Februar d. betreffend die Ertragung der durch Feststellung verübt Vergaben und Verbrechen, so wie durch die Verfolgung der Thäter bis zu der Ueberweisung an die Geschichtsbehörden, innerhalb des Bereichs einer ländlichen Polizeibehörde erwachsenden Kosten.

Berlin, 3. April. Der Charakter der heutigen Börse war durchaus unentstchieden. Nur nach einer Richtung hin ließ sich ein durchgehender Zug erkennen in der vorherrschenden Abneigung gegen Bank- und Kreditfaktoren.

Die matte Haltung der Darmstädter war besonders bemerkenswert. Dieselben verkehrten sehr beschränkt und meist unter dem gestrigen Schluss-Course. Die Berechtigungsscheine gingen dagegen lebhaft um und hoben sich um $\frac{1}{2}\%$. Anfangs zu 121 $\frac{1}{4}$ gehandelt, wurde meist 122 $\frac{1}{4}$ und zuletzt sehr bereitwillig 122 $\frac{1}{2}$ zugestanden. Wir erwähnen hier eine Nachricht, wonach die darmstädtische Bant ihre 14,000 Anteile mit 309 verkauft hätte, wodurch die Agio zum Betrage von 825,000 Gl. der Dividende zu Gute kommt. Dagegen wurden darmstädtische Zettelbanknoten stark ausgeboten und dadurch um 1 $\frac{1}{2}\%$ gegen den gestrigen Schluss-Cours herabgedrückt. Für Diskonto-Kommandit-Antheile zeigte sich erst gegen Ende der Börse das Interesse ein wenig lebhafter. Nachdem sie vorher meist $\frac{1}{2}\%$ unter dem gestrigen Schluss-Course offerte geblieben, bot man später wenigstens $\frac{1}{2}\%$ mehr, so daß sie nur etwa $\frac{1}{2}\%$ niedriger als gestern schlossen. Für Dassier zeigte sich die Meinung heute wieder ein wenig günstiger, und bewilligte man im Laufe der Börse $\frac{1}{2}\%$ mehr, da von nahe beheimelter Stelle aus die bald bevorstehende Größlung von Agenturen in Budapest, Galatz und Braila, sowie die wirklich am 24. März erfolgte Größlung der Hauptstadt wiederholt wurde. Für preuß. Bank-Antheile wurde der gestrige Cours nicht ganz bewilligt. Österreich. Creditbank wurde $\frac{1}{2}\% - 1\%$ höher und etwas darüber gehandelt, aber nur in mäßiger Ausdehnung. Für Meiningen erwuchs aus den gestern telegraphisch gemeldeten Beschlüssen der Generalversammlung ein etwas belebender Einfluß. Die hamb. Banken, norddeutsche und Vereinsbank, verdankten ihrer leichten Bilanz weitere Rückgänge.

Im Eisenbahnverkehr haben wir die weitere Steigerung der Kosel- oderberger in erster Reihe als besonders bemerkenswert zu betonen. Von anderen Eisenbahn-Aktien gab sich vorzugsweise bei den potsdamer ein Rückkehr auf den früheren besseren Stand zu erkennen. Sie erreichten, nachdem sie anfänglich noch 1 $\frac{1}{2}\%$ billiger als gestern gehandelt waren, eine Steigerung von 1 $\frac{1}{2}\%$ und damit einen Kurs, der selbst dann noch nicht zu hoch genannt werden könnte, wenn die Reduzierung der Dividende auf 6 $\frac{1}{2}\%$ erfolgen sollte. Einhalter dagegen nahmen einen schwachen Anlauf zu einem besseren Course, schlossen jedoch zu dem niedrigsten gestrigen Course. Die overschleissischen verkehrten auch heute noch sehr matt; die Litt. A. verbesserten sich zwar um $\frac{1}{2}\%$, Litt. C. blieben $\frac{1}{2}\%$ billiger angeboten; per Mai für wurden sie $\frac{1}{2}\%$ höher gehandelt. Bergisch-märkische waren 1 $\frac{1}{2}\%$ billiger zu haben, Franzosen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr. brie. niedrig, rheinische, stargard-posen 1 $\frac{1}{2}\%$ herabgestellt. Für berl.-hamburger und stettiner bot man $\frac{1}{2}\%$ mehr, auch niederschlesisch-märkische wurden $\frac{1}{2}\%$ höher bezahlt. Für Köln-mindener wurde $\frac{1}{2}\%$ mehr verlangt, es fanden sich aber keine Nehmer. Thüringer, Elisabethbahn und magdeburg-wittenberger wurden $\frac{1}{2}\%$ teurer gehandelt.

Preußische Fonds waren heute ziemlich belebt.

Die ausländischen Fonds waren, was die österreichischen betrifft, fast und ziemlich unverändert; von den russischen Eßelten wöhnt die 5. Stieglitz-Anleihe um $\frac{1}{2}\%$.

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 3. April 1857.

Fener-Berl. — Aachen-Münchener 1470 Gl. (incl. Div.) Berliner 450 Gl. (excl. Div.) Borussia — Colonia 1050 Gl. (incl. Div.) Überfelder 250 Gl. (excl. Div.) Magdeburger 450 Br. (excl. Div.) Stettiner National- 120 Br. (incl. Div.) Schlesische 104 Br. (excl. Div.) Leipziger incl. Div. 590 Br. Rücksichts-Aktien: Aachen incl. Div. 420 etw. Gl. Kölnische 104 Br. (excl. Div.) Allgem. Eisenb. u. Lebensvers. 100 Br. (excl. Div.) Hagel-Berl. — (excl. Div.) Kölnische 100 Gl. (excl. Div.) Magdeburg 52 Gl. (excl. Div.) Geres 20 Br. (excl. Div.) Fluss-Berl. — Berl. — (excl. Div.) Agricola 127 Gl. (incl. Div.) Niederrheinische zu Wesel exkl. Div. — Lebens-Berl. — (excl. Div.) Concordia (in Köln) 116 Gl. (incl. Div.) Magdeburger 100 Br. (incl. Div.) Dampfschiffahrt-Aktien: Ruhroter 114 Br. (incl. Div.) Mühl. Dampf-Schlepp. — Bergwerks-Aktien: Minerva 9 Gl. (excl. Div.) Hörder Hütten-Verein 130 Br. Gschweiler (Concordia) I. u. II. 105 Br. (incl. Div.) Gas-Aktien: Continental (Dessau) 104 Gl.

Die Stimmung war heute ziemlich günstig und bei lebhaftem Geschäft wurden einige Bank- und Credit-Aktien höher, einige andere dagegen billiger umgesetzt. — Stettiner National-Berl. — Aktien blieben 2% niedriger als 120% offert, Kaufordres aber fehlten.

Berliner Börse vom 3. April 1857.

	Fonds- und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anl.	4/4 99 1/2 G.	147 1/2 bz.
Staats-Anl. v. 50/52	4/2 99 1/2 bz.	Magdeburg-Halberst.
dito	1853 4/2 95 B.	Magdeburg-Wittenb.
dito	1854 4/1 99 1/2 bz.	Mainz-Ludwigsh.
dito	1855 4/1 99 1/2 bz.	dito
dito	1856 4/2 99 1/2 bz.	Mecklenbürger.
Staats-Schuld-Sch.	3/2 84 1/2 bz.	Münster-Hammer.
Seehl.-Präm.-Sch.	4/2 84 1/2 bz.	Neustadt-Weissenb.
Präm.-Anl. von 1855	3/1 116 1/2 à 117 bz.	Niederschlesische
Berliner Stadt-Obl.	4/2 99 1/2 bz. 3 1/2 %	dito Pr. Ser. I. II.
Kur. u. Niedersch.	3/2 86 1/2 B.	dito Pr. Ser. III.
Pommersche . . .	3/2 86 1/2 bz.	dito Pr. Ser. IV.
Posenische . . .	4/2 86 1/2 bz.	Niederschl. Zweibr.
Westf. u. Rhein.	4/2 99 1/2 bz.	Nordb. (Fr. Wilh.)
Sächsische . . .	4/2 93 1/2 bz.	dito Prior.
Sächsische . . .	4/2 93 1/2 bz.	Oberschlesische A.
Friedrichs'or. . .	4/2 93 1/2 bz.	dito Prior.
Louisa'or . . .	4/2 93 1/2 bz.	Oberschles